

Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen am 7. Oktober 2006 in Steinbach-Hallenberg

Seite: 1 von 2

ANTRAG NR. 21

Antragsinhalt: **Stärkung der ländlichen Regionen durch Verwaltungs- und Gebietsreform**

Antragsteller: **Uwe Barth, Patrick Kurth, FDP Landesvorstand**

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 „Die FDP Thüringen fordert die CDU Landesregierung und alle Landtagsfraktionen auf,
2 eine umfassende Verwaltungsreform in Verbindung mit einer Kreisgebietsreform für den
3 Freistaat Thüringen vorzubereiten und in die Wege zu leiten. Zweck der Reform ist die
4 Herstellung zukunftsfähiger Strukturen in Thüringen und insbesondere die Stärkung der
5 zunehmend benachteiligten ländlichen Regionen. Die FDP bekräftigt ihr Ziel, mit einer Ge-
6 bietsreform dauerhaft lebensfähige und v.a. lebenswerte Gebietsstrukturen in Thüringen zu
7 entwickeln.

8 Zu den zukunfts- und wettbewerbsfähigen Strukturen für den Freistaat gehören:

- 9 1. Eine umfassende Verwaltungsreform auf Landesebene ein. Ziel dieser Reform ist
10 eine Straffung der Verwaltung durch Beseitigung der Dreistufigkeit.
- 11 2. Eine tiefgründige Aufgabenkritik des Landes mit dem Ziel einer drastischen Redu-
12 zierung der Landesaufgaben sowie der Übertragung von Aufgaben (und der ent-
13 sprechenden Finanzmitteln) auf die Kreise und Kommunen.

14 Zur Stärkung der zunehmend benachteiligten ländlichen Regionen trägt eine Gebietsreform
15 bei:

- 16 1. Grundvoraussetzung dafür ist die unbedingt notwendige Glättung und Straffung der
17 kommunalen Verwaltungsstruktur. Ziel ist eine klare Verwaltungsteilung in zwei
18 staatliche und zwei kommunale Verwaltungsebenen.
- 19 2. **Bei fehlender Straffung der Verwaltung ist auch die Gebietsreform überflüs-**
20 **sig.**
- 21 3. Die FDP bekräftigt ihren Gebietsreformbeschluss von 2005.
- 22 4. Dieser Beschluss wird in folgendem Punkt geändert bzw. ergänzt: Die Reform der
23 Kreisgebiete wird zur besseren Transparenz und Planung der Beteiligten mit kon-
24 kreten Terminen und Fristen versehen. Die Kreisgebietsreform wird in einer Zeit
25 von 24 Monaten durchgesetzt, unterteilt in eine Freiwilligenphase von zwölf Mona-
26 ten und eine Pflichtphase von ebenfalls zwölf Monaten. Den Gemeinden, Kommu-
27 nen und v.a. Landkreisen wird durch eine Bestandsgarantie perspektivisch Pla-
28 nungssicherheit gegeben. Die Landkreise in neuer Form erhalten eine Bestandsga-
29 rantie von 15 Jahren.

30 Die FDP Thüringen fordert zudem eine eindeutige Positionierung der Landtagsfraktionen
31 zur derzeitigen und zur künftigen Gebietsstruktur des Freistaates.“

Begründung:

Die hohe Ausgaben- und Schuldenlast des Freistaates Thüringen wirken sich in zuneh-
menden Maße auf die Lebensqualität in Thüringen aus. Sie belasten zunehmend die Bür-

Ordentlicher Landesparteitag der FDP Thüringen am 7. Oktober 2006 in Steinbach-Hallenberg

Seite: 2 von 2

ANTRAG NR. 21

Antragsinhalt: **Stärkung der ländlichen Regionen durch Verwaltungs- und Gebietsreform**

Antragsteller: **Uwe Barth, Patrick Kurth, FDP Landesvorstand**

gerinnen und Bürger in ihrem konkreten Lebensumfeld. Besonders betroffen von den punktuellen aber konzeptionslosen Streichungen sind v.a. die ländlichen Strukturen. Die Streichung von Finanzmitteln u.a. bei Kindergärten, Kultur oder Nahverkehr senkt die Lebensqualität und trägt gleichzeitig wenig zur Haushaltskonsolidierung bei. Zudem wird nicht selten die Frage der Lebensfähigkeit der Kommunen zu einer Frage der Überlebensfähigkeit. Kultur, Familien und ländliche Räume zahlen die Zeche für einen überdimensionierte Bürokratie und Verwaltung.

Die Kreisgebietsstrukturen Thüringens sind zudem kaum mehr zukunfts- bzw. wettbewerbsfähig. 23 Landkreise und kreisfreie Städte sind angesichts der Einwohnerzahl, der Wirtschaftsstruktur und v.a. der Bevölkerungsprognose in Sachen Entwicklung und Altersstruktur nicht mehr haltbar. Sie entspricht zudem nicht der Landkreiszahl im Vergleich zur Bevölkerung der anderen Länder. Sachsen, Sachsen-Anhalt aber auch Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein sind die Strukturreform z.T. drastisch angegangen. In Thüringen indes hat sich das Landesparlament lediglich auf eine Enquete-Kommission geeinigt.

Die Positionierung der Landtagsfraktionen zum Problem Verwaltungs- und Gebietsstruktur sind schwammig und ohne Substanz. Die CDU lehnt eine Diskussion vor 2009 begründungslos ab. Die SPD scheint mit Übernahme der OB-Posten in kreisfreien Städten von ihrer – ohnehin diffus und allgemein gehaltenen – Forderung nach einer Kreisgebietsreform abzurücken. Die PDS bedient mit dem Wiederherstellungsvorhaben der ehemaligen drei Bezirke ihre Tradition. Die FDP fordert von den Fraktionen eine eindeutige Stellungnahme zu dem Themenkomplex gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Freistaates Thüringen.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: